

Lockmittel Geld für dringend gesuchte Lehrer?

Elternvereinigung will höhere Gehälter für Pädagogen in Mangelfächern

Ist es möglich, gesuchte Lehrkräfte in den Mangelfächern wie Mathematik und Physik mit lukrativen Zuschlägen vom Abwandern in die freie Wirtschaft abzuhalten? Die Landeselternvereinigung fordert dies vehement. Doch Kulturminister Ludwig Spaenle hat Bedenken.

Das neue Schuljahr beginnt fast so wie das alte endete: An den Schulen - insbesondere an den bayerischen Gymnasien - fehlen hochqualifizierte Lehrer für die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Die angehenden Akademiker entscheiden sich gegen die Lehramts-Studiengänge - oder sie nehmen Stellen in der freien Wirtschaft an, wo sie mindestens ein Drittel mehr verdienen können.

Zusätzliche Stellen zugewiesen

Die Gymnasien haben für das neue Schuljahr, auch wegen der G 8-Reform, zwar 300 zusätzliche Stellen zugewiesen bekommen. Aber dem Freistaat ist es nicht gelungen, insgesamt 200 freie Stellen für die MINT-Fächer zu besetzen, wie das Kultusministerium auf Anfrage erklärte. Die Schulen bekamen dafür zwar zusätzliche Personalmittel von jeweils 20.000 bis 40.000 Euro, um Erziehungsurlauber, Pensionäre oder Quereinsteiger stundenweise zu beschäftigen. «Aber die Personaldecke ist hinten und vorne zu dünn», befindet Thomas Lillig, Vorsitzender der Landeselternvereinigung.

Bei einer Übertrittsquote von 20 bis 50 Prozent sei die Zahl der Gymnasiasten erneut gestiegen. Eine durchschnittliche Klassenstärke von 26,8 sei einfach zu groß, so Lillig. Deshalb dringt der Chef der Elternvereinigung darauf, dass der Freistaat nun «massiv umsteuert»: Nicht nur die Lehrer in den MINT-Fächern müssten deutlich besser bezahlt werden; außerdem müssten Pädagogen Zuschläge bekommen, die bereit seien, in «Mangelregionen» wie Ober- oder Unterfranken zu gehen.

Man muss eben Anreize schaffen

Lillig: «Man muss eben Anreize schaffen, damit jemand auch in Mellrichstadt oder in Bad Kötzing unterrichtet.» Bayern könne sich auch nicht mehr aus Gründen der Gesetzgebungskompetenz herausreden: Nach der Föderalismusreform sei das Beamten- und Besoldungsrecht nun mal Ländersache. Der Elternvertreter: «Da ist doch Bildungspolitik aus einem Guss möglich.»

Doch das Kultusministerium kann sich mit dem unkonventionellen Bezahlungsmodell nicht recht anfreunden. Minister Spaenle habe in einem Gespräch solche Sonderregelungen abgelehnt, so Lillig. Nach Auskunft des Ministeriumssprechers Ludwig Unger stehe dem der «Gleichbehandlungsgrundsatz» entgegen. Jedenfalls gebe es für eine Zulage oder eine Höherdotierung in den MINT-Fächern «derzeit keine Beschlusslage». Auf Anfrage ließ sich der Kultusminister selbst nur entlocken, er plane für die MINT-Fächer eine «Gesamtstrategie im Rahmen des Dienstrechts».

Wolf-Dietrich Nahr

16.9.2009 17:48 MEZ